

Free Banking in Geschichte und Gegenwart^[1]

Das Jahrhundert der Vermischung

Gerhard Senft

¹ Einleitung des Herausgebers Gerhard Senft zum Buch "Wildcat-Banking" – Materialien zur monetären Gestaltungsfreiheit

Seit dem Hereinbrechen der globalen Wirtschaftskrise 2008 ist vieles in Bewegung geraten. Der Diskurs über monetäre Themen hat sich spürbar intensiviert. Zu keiner Zeit seit dem Zweiten Weltkrieg war die Innovationshäufigkeit auf dem Geld- und Finanzsektor derart hoch wie in den vergangenen zehn Jahren (wobei die abenteuerlich anmutende „Produktvielfalt“ des Bankensektors hier natürlich nicht gemeint ist). Die Idee eines gezielt eingesetzten Negativzinses, vor nicht allzu langer Zeit noch milde belächelt, ist in der ökonomischen Realität angekommen. Nachdem immer mehr Menschen finanzieren wollen, was ihnen gefällt, erfährt das Crowdfunding wachsenden Zuspruch. Ein wahres Rauschen im Blätterwald hat jedoch der Aufstieg der Kryptowährungen ausgelöst. Besonders ins Blickfeld geriet in dem Zusammenhang der Bitcoin. Als digitale Währungseinheit entstand der Bitcoin verbunden mit dem Ziel, ein von Zentral- und Geschäftsbanken bzw. sonstigen Intermediären unabhängiges elektronisches Zahlungssystem zu schaffen (König 2015). Erstmals vorgestellt wurde das Konzept 2008 von einer Person bzw. einer Gruppe mit dem Pseudonym Satoshi Nakamoto in „Bitcoin: A Peer-to-Peer Electronic Cash System“. Die Geldschöpfung erfolgt hierbei durch so genanntes „Mining“, indem mittels Computer komplexe Rechenoperationen ausgeführt werden. Das System basiert auf einem dezentralen Peer-to-Peer-Netzwerk, ähnlich dem, das bereits im Rahmen der Musiktauschbörse Napster zum Einsatz gekommen war. Durch eine spezielle Software ist es den teilnehmenden Personen möglich, untereinander auf Dateien ihrer Rechner zuzugreifen.

.....

Eine wesentliche Neuerung stellt die Blockchain-Technologie dar (Hilger 2015, 36 f.). Hierbei handelt es sich um ein kryptografisches Verfahren, das unveränderbare, laufend aktualisierte Aufzeichnungen sowie sichere Überweisungen gewährleistet.

Man kann sich die Blockchain als eine lange Kette von Daten vorstellen, die durch das Errechnen neuer Blöcke beständig anwächst und die unter den am Prozess der Geldschöpfung beteiligten Clients verteilt wird. Sämtliche Bitcoin-Transaktionen, die jemals in dem Netzwerk getätigt wurden, sind in der Blockchain enthalten. Die Datenübertragung erfolgt zwischen den handelnden Personen codiert, sodass keine Identität preisgegeben wird. Voraussetzung für die Nutzung von Bitcoins ist, sich über eine entsprechende Software ein „Wallet“ anzulegen. Der Bitcoin ist handelbar, auch ein Umtausch in herkömmliches Papiergeld ist möglich, wobei sich der Kurswert aus Angebot und Nachfrage ergibt. Vorteile der digitalen Währung sind, dass sie, die Währung, einen raschen, kostengünstigen, direkten und sicheren Austausch ermöglicht und dass sie von der Ausgabemenge her limitiert ist, da durch die zunehmende Komplexität der Rechenoperationen beim Schöpfungsprozess eine natürliche Grenze gesetzt ist. Sie unterliegt damit einem Inflationsschutz, ähnlich wie es bei einem Edelmetall gegeben ist.

Abseits aller theoretischen Erwägungen zeigt die Verbreitung des Bitcoin, dass es ohne zentrale Autorität möglich ist, neues Geld in Umlauf zu bringen und den Zahlungsverkehr zu regeln. Mittlerweile haben sich mehr als 100.000 Unternehmen weltweit für eine Nutzung des Bitcoin entschieden (Maier 2017, 32). Auch zahlreiche artähnliche Cyberwährungen – einen Höhenflug erlebte innerhalb eines Jahres bis Mitte 2017 etwa der Ether – haben sich in Stellung gebracht (Huber 2017, 40 f.). Besorgte Stimmen wenden gegenüber dem 2009 online gegangenen Bitcoin-Netzwerk ein, dass es kriminelle Aktivitäten fördere und die Spekulation anheize. Derartige Vorbehalte sind nur schwer nachzuvollziehen. Niemand würde nach der Sprengung und Entleerung eines Geldausgabegerätes während einer Nacht-und-Nebel-Aktion daran denken, nun sämtliche Bankomaten aus dem

Verkehr zu ziehen. Und: zur Spekulation ist vieles geeignet, sogar die unscheinbare Tulpenzwiebel, wie uns die niederländische Wirtschaftsgeschichte des frühen 17. Jahrhunderts lehrt. Das Gewächs selbst hat die Spekulationsblase übrigens unbeschadet überstanden. Manche der Abwehrhaltungen erinnern an vormoderne Geistesverfassungen, die im Gelde grundsätzlich eine Ausgeburt der Hölle erkennen wollen. Geld ist aber kein Teufelswerk, sondern ein bewährtes Medium des Austauschs in Wirtschaft und Gesellschaft. Natürlich ist bei allem Vorsicht geboten, was extremen Kursschwankungen ausgesetzt ist. Zu berücksichtigen bleibt jedoch, dass vieles im Zusammenhang mit den Kryptowährungen noch in den Kinderschuhen steckt und dass die Verbreitung der Blockchain-Technologie eben erst begonnen hat. Experten sind sich darüber einig, dass Bitcoin und Co. in der Zukunft nicht verschwinden, sondern an Bedeutung massiv zulegen werden (Urschitz 2017, 21).

Kritik an der zentralen Geldschöpfung



Das Bankensystem gilt als das Herz einer Volkswirtschaft. Es hat nicht nur dafür zu sorgen, dass das Geld an jene Stellen gelangt, wo es am ertragreichsten zum Einsatz kommt, sondern dass es auch dort ankommt, wo es am meisten gebraucht wird. Dass dies nicht immer der Fall ist, zeigte das Beispiel Griechenlands, das als Folge der internationalen Finanzkrise in die Schuldenfalle geraten war. Als klar wurde, dass Athen das gesamte Volumen der Ausstände nicht mehr zu stemmen imstande ist, sollten Kredite und Anleihekäufe verschiedener Euro-Länder Entlastung bringen. Der Start der „Rettungsaktion“ verlief jedoch mehr als holprig, der reichlich spät durchgesetzte „Schuldenschnitt“ erwies sich als halbherzige Maßnahme. Doch das Schlimmste von allem: Anstatt dem geplagten Land eine rasche Normalisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu ermögli-

chen, ließen sich die Gläubigerstaaten die „Hilfe“ teuer bezahlen. Um wie vieles günstiger wäre es für Griechenland gewesen, auf die von den Kreditgebern geforderten Programmauflagen – die die griechische Realwirtschaft nachweislich schädigten – zu verzichten und die eigenen wirtschaftlichen Kräfte mittels einer neben dem Euro installierten Parallelwährung zu mobilisieren? Derartige Konzepte existierten bereits in der Schublade, doch die Gegnerschaft der beteiligten zentralistisch agierenden Institutionen erwies sich als zu mächtig.

Es ist schon auffällig, wie rasch die Einwände gegenüber einer dezentralen Geldemission auf dem Tisch landen, während die Kritik an der Rolle der Zentralbanken stets verhalten geübt wird. Immerhin sind Zentralbanken große Monopolbetriebe, die die Gold- und Devisenreserven der Länder verwalten, die das Münzen und Drucken monetärer Mittel organisieren und die Aufgaben der Geld- und Währungspolitik abdecken. So sehr jedoch die Spitzen der Zentralbanken über Einflussmöglichkeiten verfügen, so zweifelhaft und intransparent ist oft ihr Handeln (Prollius 2011, 17 ff.). Zusammenkünfte der Spitzenbanker erfolgen regelmäßig, hinsichtlich Terminplanung und Inhalt der Gespräche gibt es jedoch keinerlei Information nach außen. Nationalbanken unterliegen im Normalfall keiner Kontrolle durch die Gesellschaft. Dementsprechend untergeordnet sind soziale Anliegen. Im Wesentlichen vertritt die Zentralbankführung die Interessen der beteiligten Gruppen. Die nach dem Zweiten Weltkrieg von einer Labour-Regierung verstaatlichte „Bank of England“ wurde knapp vor der Jahrtausendwende reprivatisiert, ebenso die „Banque de France“, die mit der Durchsetzung der *Planification* (Stichwort: Vierjahres-Pläne) in den späten 1940er Jahren in benevolente öffentliche Hand übernommen worden war. In den Vereinigten Staaten steht das „Federal Reserve System“ (FED) unter der Kontrolle ihrer Mitgliedsbanken, die Aktien der „Banca d’Italia“ werden von einigen Dutzend Kreditinstituten und Versicherungen gehalten.

Zu den Kernaufgaben der Zentralbanken gehört die Sicherung der Stabilität im ökonomischen Geschehen. Dennoch ist mitunter das genaue Gegenteil zu beobachten (White; Selgin 2000). Immerhin haben es die Zentralbanken in der Hand,

durch frisch in den Verkehr gebrachte monetäre Mittel eine Geldschwemme und entsprechende Kaufkraftverluste auszulösen oder umgekehrt eine Geldverknappung mit der Folge deflationärer Prozesse einzuleiten. Restriktionen in der Geldpolitik bzw. eine Geldverteuerung führen zu konjunkturellen Problemen bis hin zu Rezession, Börseneinbrüchen und steigenden Arbeitslosenraten. Nicht selten waren Zentralbanken federführend an der Entstehung von Finanz- und Wirtschaftskrisen beteiligt. Als graue Eminenzen der Wirtschaftspolitik beeinflussen führende Zentralbanker wirtschaftspolitische Weichenstellungen. Sie sind aber niemandem gegenüber haftbar bei Fehlentscheidungen – d. h. sie sind verantwortungslos im wahrsten Sinn des Wortes.

Die negativen Beispiele, die ein Blick in die Wirtschaftsgeschichte offeriert, sind zahlreich. In der krisenhaften Zwischenkriegszeit tendierte Viktor Kienböck als Chef der „Oesterreichischen Nationalbank“ klar zu einer Politik des knappen Geldes und verhinderte damit eine konjunkturelle Aufwärtsbewegung, bis der Glaube an die Lebensfähigkeit der kleinen Alpenrepublik erlosch und das Land im Jahr 1938 „anschlussreif“ war (Senft 2002, 284 f.). Als sich in den USA in den 1970er Jahren die Geldentwertung zu einem Inflationsgalopp auswuchs, verzichtete die Notenbank FED auf rechtzeitig gesetzte bremsende Maßnahmen (Forbes; Ames 2014). Unmittelbar nach der Jahrtausendwende setzte der Gouverneur der „Bank of England“, Mervyn King, alle Hebel in Bewegung, um die Einführung einer Finanztransaktionssteuer zu verhindern. Zeitgleich förderte er den Ausbau der Londoner City als deregulierten Finanzplatz, an dem die Zockerei immer riskantere Formen annehmen konnte (Aldrick 2013). Bevor die Wirtschaftskatastrophe 2008 hereinbrach, gab es genug Stimmen, die vor Spekulationsblasen im Immobilienbereich warnten (Bernau 2008). Dennoch verhielten sich die maßgebenden Zentralbanker still und blieben betont untätig. Diverse Skandale und Skandalchen verfestigten das düstere Sittenbild. An dieser Stelle wäre etwa auf die „Oesterreichische Banknoten- und Sicherheitsdruckerei“ hinzuweisen, die zwischen 2005 und 2011 in eine Schmieregeldaffäre verstrickt war (Graber 2014). Bekannt geworden ist auch die Mitwisserschaft der britischen Zentralbank im Zuge der

Zinsmanipulationen verschiedener Geschäftsbanken im Jahr 2008 (Hosp 2012). Als besonders unappetitlich erwiesen sich die Insidergeschäfte an der Spitze der Schweizer Zentralbank 2011 (Henckel 2012).

Autonome Geldschöpfung in der Geschichte



Vorbehalte gegenüber einem Notenmonopol waren lange Zeit verbreitet und sie begünstigten die Durchsetzung der Methode des Free Banking in verschiedenen Ländern. In Schottland begann 1716 eine Free-Banking-Ära, die mehr als ein Jahrhundert andauern sollte (Checkland 1975). Nachdem regulierende Maßnahmen weggefallen waren, wurde es einfachen Geschäftsbanken möglich, Geld zu drucken und in Umlauf zu bringen. Vorgegeben war nur, dass die ausgegebenen Noten entsprechend einer „commodity currency“ partiell durch reale Vermögensbestände gedeckt sein mussten. Das Ergebnis zeigte sich im Ganzen zwar durchwachsen, überwiegend aber mit positiven Effekten versehen. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts reduzierte ein Bankencrash die Zahl der Geldinstitute etwa auf die Hälfte, jedoch wurde die erzeugende Wirtschaft dadurch nicht beeinträchtigt. Der Wettbewerb zwischen Bankbetrieben verhinderte Zinsabsprachen, sodass das Investitionsklima angeregt wurde. Aus einem ärmlichen landwirtschaftlichen Produzenten wurde ein industrialisiertes Land mit einem ausgeprägten Finanzsektor. 1820 setzten wieder schärfere regulierende Maßnahmen ein, die die Zahl der Noten ausgebenden Banken reduzierten. Die verbleibenden Institute wurden privilegiert und gerieten damit zunehmend in politische Abhängigkeit, sodass die Abwehrkräfte gegenüber einer weiteren Zentralisierung schwächer wurden. Mit dem „Peel Act“ von 1845 wurde die Periode des Free Banking in Schottland beendet.

Für den Weg der dezentralen Geldschöpfung entschieden sich in der Folge auch andere Länder: England (1826-1845), die Schweiz (1826-1907), Schweden (1871-1903) und Kanada (1867-1935). Auch im postrevolutionären Frankreich wurde kurzzeitig auf die Methode des Free Banking zurückgegriffen (Dowd 1992, 133 ff.). Zunächst war versucht worden, dem öffentlichen Sektor mittels „Assignaten-Wirtschaft“ ein stabiles finanziel-

les Fundament zu verschaffen. Assignaten waren Interims- und Anwartscheine auf vom Staat beschlagnahmte Kirchen- und Adelsgüter, die mit fünf Prozent verzinst waren, und die als Zahlungsmittel in den Verkehr gebracht wurden. Bis Mitte der 1790er Jahre sollten die staats-eigenen Güter verkauft und die Assignaten vernichtet werden. Das Experiment lief jedoch aus dem Ruder, nachdem die Assignaten-Druckerei ungebremst als Notenpresse missbraucht worden war und die Scheine bald nur noch ungedecktes Papiergeld darstellten. 1795 wurde das inflationäre Chaos beendet und der Geldsektor auf neue Beine gestellt. Nach der Beseitigung der zentralistischen Strukturen im Geldbereich erhielten zahlreiche Banken die Möglichkeit, eigene Währungseinheiten herauszugeben. Erst Napoleon, dessen Kriegspläne unabhängige Geldemittenten nicht zuließen, gab der „Banque de France“ 1803 das Banknotenmonopol wieder zurück.

In den USA hatte es zwei frühe Versuche zur Etablierung einer Zentralbank gegeben (Scheffler 1908, 90-92, 93-95). Mit ihrer Gründung 1791 übernahm die „*First Bank of the United States*“ die Aufgaben der Geld- und Kreditschöpfung sowie die Organisation des Abgabewesens und Zahlungsverkehrs. Die verbreitete Skepsis gegenüber einer derart mächtigen Institution blieb jedoch bestehen. 1811 wurde das Mandat der Notenbank nicht mehr erneuert. 1817 konnte die „*Second Bank of the United States*“ ihren Betrieb aufnehmen, doch mit jeder Krisenerscheinung und mit jedem Korruptionsvorwurf nahm die Zahl ihrer Gegner zu. Die restriktive Politik der Zentralbank schädigte die Realwirtschaft und verstärkte die Kluft zwischen Nord- und Südstaaten. Nach Ablauf ihres Mandats 1836 waren die Einzelstaaten hinsichtlich der Geld schöpfenden Aktivitäten wieder sich selbst überlassen. 1838 hob der Staat New York die rechtlichen Beschränkungen für die Notenausgabe auf, andere Bundesstaaten folgten dem Beispiel. Auf eine öffentliche Kontrolle wurde dennoch nicht verzichtet. Eine Bankkonzession wurde nur vergeben, wenn bestimmte Auflagen erfüllt waren. Dazu gehörte die Hinterlegung staatlicher Obligationen, deren Wertgehalt etwa der Höhe der angestrebten Notenzirkulation entsprechen sollte, bei einer Aufsichtsbehörde. Am Vorabend des Sezessionskrieges waren in den USA

7.000 bis 9.000 unterschiedliche Banknoten, emittiert von rund 1.500 Geldinstituten, in Umlauf (Galbraith 1978, 197 f.). Während des Bürgerkrieges von 1861 bis 1865 wurden erste Schritte zur Vereinheitlichung der Geld emittierenden Aktivitäten gesetzt (Nussbaum 1957, 100-127). In der Folge gewannen die zentralistischen Kräfte weiter Oberwasser, sodass in den USA kurz vor dem Ersten Weltkrieg ein neues Zentralbankensystem ohne großen Widerstand implementiert werden konnte.

Historische Koordinaten der „Geldanarchie“ in den USA

Die Vereinigten Staaten stellten im 19. Jahrhundert einen besonders fruchtbaren Boden für Regulierungsinnovationen dar, wobei bei den Befürwortern des Free Banking besonders die Einflüsse der englischen und französischen Nationalökonomie zum Vorschein kamen. Eine entscheidende Grundlage hatte der Schotte Adam Smith geliefert, indem er die Arbeit als Quelle des Wertes beschrieb. Sein Nachfolger David Ricardo entwickelte die Arbeitswertlehre weiter zu einem umfassenden Modell und schuf damit eine Grundlage zu ihrer subversiven Umdeutung. Im Zuge ersten Aufbegehrens der Arbeiterschaft gegen die Zumutungen der kapitalistischen Ökonomie in Großbritannien um 1820 verbreitete sich der Gedanke: Wenn die Arbeit die Quelle allen Wohlstandes ist, dann sollte auch über die Verteilung des Wohlstandes eingehend diskutiert werden. Im Raum stand insbesondere die Frage, warum gerade jene Gruppe, die am unmittelbaren Produktionsgeschehen nicht teilnimmt und nur die Kapitalprofite abschöpft, ein besseres Dasein führt als die in den Fabriken malochenden Arbeiterinnen und Arbeiter.

In den entstehenden Gewerkschaftsvereinen erhielten nun die sogenannten Links-Ricardianer ein besonderes Gewicht. William Thompson formte die Arbeitswertlehre zu einer Mehrwerttheorie um – Karl Marx sollte später darauf zurückgreifen –, Robert Owen bemühte sich um konkrete Projekte zur Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft (Owen 1820/2002). Mit der Gründung von Warenbörsen in London und in Birmingham, in denen Produkte gegen ein eigens herausgegebenes Arbeitsgeld („*Labour Notes*“) getauscht wurden, versuchte er ein auf geleisteten Arbeitsstunden ba-

sierendes Handelssystem in Gang zu bringen („*Equitable Labour Exchange*“). Owen war ursprünglich selbst Fabrikbesitzer gewesen. Bevor er 1825 in die Vereinigten Staaten ging, verkaufte er jedoch sein Unternehmen. In der Neuen Welt angelangt, gründete er die genossenschaftlich konzipierte Kolonie „*New Harmony*“. Das Experiment hatte keine allzu lange Lebensdauer, aber seine genossenschaftlichen Ideen verbreiteten sich in der Folge rasch um den Erdball.

Im Hinblick auf ein kollektives und auf einen Ausgleich bedachtes Wirtschaften war in den USA auch der französische Sozialist Charles Fourier bedeutsam. In den 1840er Jahren gewann er eine beachtliche Anhängerschaft, die seine Modellvorstellung der Phalanstères (Arbeits- und Lebensgemeinschaften) aufgriff und in die Realität umzusetzen versuchte. Ein anderer Franzose, der in den USA breit rezipiert wurde, war Jean-Baptiste Say. Sein „Lehrbuch der praktischen Politischen Ökonomie“ („*Cours complet économie politique pratique*“, 1828/30) war in der amerikanischen Ausgabe eine Art Bibel der Schulökonomie bis in die Zeit des Bürgerkrieges. Der Grundgedanke des Free Banking findet sich bei ihm bereits vorformuliert. Jean-Baptiste Say: „*Jeder Privatmann kann einen gewöhnlichen Schein unterschreiben und ihn als Zahlung für eine Ware geben, wenn der Verkäufer ihn an Geldes statt annehmen will. Dieser Verkäufer kann wiederum, wenn er eine andere Ware kauft, den Schein als Zahlung geben. Der zweite Erwerber kann ihn zu dem selben Zwecke einem Dritten übergeben. So zirkuliert also ein ausgestellter Schein: Er dient dem, der verkaufen will, er dient dem, der kaufen will, er versieht den Dienst einer Geldsumme.*“ (Say 1845, 2, 163). Von entscheidendem Einfluss war ab Mitte des 19. Jahrhunderts Pierre-Joseph Proudhon. Sein auf dem Prinzip gegenseitiger Unterstützung basierendes Programm des Mutualismus (lat. *mutuus* = Gegenseitigkeit, Wechselseitigkeit) erwies sich nicht nur als kompatibel mit den Konzepten anderer frühsozialistischer Denker, es enthielt zudem wesentliche Neuerungen („*Programme Révolutionnaire*“, 1848). Proudhons Vorschläge hinsichtlich eines Tauschbankensystems sahen die gleichrangige Zusammenführung von Arbeitserzeugnissen und monetären Mitteln vor. Zielsetzung war, dem Gelde die Vorzugsposition im ökonomischen

Geschehen zu nehmen und gleichzeitig den Produktionsfaktor Arbeit aufzuwerten. Proudhons antimonopolistischer Zugang förderte die Rezeptionsbereitschaft in den USA hinsichtlich seiner Lehre ebenso wie der Umstand, dass er eine nichtkapitalistische Geld- und Kreditordnung beschrieb, die dem System kleiner Land-Banken glich, das sich unmittelbar nach der Amerikanischen Revolution von 1776 herausgebildet hatte.

Aufnahme fanden die Anregungen aus Europa vor allem in jenen Sozialmilieus, in denen ein radikaler intellektueller Nonkonformismus gepflogen wurde. Innerhalb dieser Kreise engagierte man sich gegen die Sklaverei, überlegte Schritte zu einer nachhaltigen Friedensordnung, machte sich Gedanken über eine fortschrittliche Frauenpolitik, trat gegen Prüderie und restriktive Sexualnormen auf und bekämpfte die Ausbeutung der Arbeiterschaft in den Produktionsstätten. Einflussreich wirkte in diesem Umfeld die Gruppe der sogenannten Transzendentalisten, der die Pädagogin Elizabeth Palmer Peabody, die Publizistin und Feministin Margaret Fuller oder Ralph Waldo Emerson, dessen programmatischer Text „Nature“ (1836) für viele ein Erweckungserlebnis im Hinblick auf ein neues Umweltbewusstsein bedeutete, angehörten. Nicht zu vergessen in diesem Zusammenhang ist der „Eremit aus Concord“, Henry David Thoreau, dessen gedanklicher Ansatz des zivilen Ungehorsams („The Resistance to Civil Government“, 1849) gegenüber der Staatsmacht bis heute immer wieder aufgegriffen wird. Der auf der humanistisch geprägten Religion des Unitarismus basierende Transzendentalismus war in den USA unter dem Einfluss von Immanuel Kant und verschiedenen anderen Denkern Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden. In einer Reihe von Schriften wurde über den Begriff der Freiheit reflektiert, wobei Freiheit nicht allein als Abwesenheit von Zwang, sondern als Chance für die eigene Selbstverwirklichung betrachtet wurde. Über den Weg der „Selbstreform“ sollte zu einer Vervollkommnung des Menschengeschlechts gefunden werden. Walt Whitman, ein wichtiger Abkömmling des Transzendentalismus, trat als scharfer Kritiker der in den Vereinigten Staaten herrschenden politischen und sozialen Verhältnisse auf. In seiner 1871 erschienenen Schrift „Demo-

cratic Vistas“ thematisierte er die Unterordnung allen Daseins unter die Kapitalverwertungszwänge und forderte eine egalitäre demokratische Kultur und Gesellschaft.

Die Freiheit und Unabhängigkeit der Person fördern sollten insbesondere Projekte, die eine Neuorganisation der Arbeit in Verbindung mit autonomer Geld- und Kreditschöpfung zum Ziele hatten. Die hierbei zugrunde liegenden Gedanken fasst Voltairine de Cleyre so zusammen: *„Alle Grundgüter sollen durch Geld repräsentiert werden, das durch Personen beliebig emittiert werden kann; auf natürliche Weise werden Einzelpersonen hervortreten, die ihre Sicherheiten bei Banken hinterlegen und im Gegenzug Banknoten akzeptieren; da diese Geldmittel der Arbeit entsprechen, die in der Produktion erbracht wurde, und sie in ausreichender Menge ausgegeben werden (weil es keine Geschäftsbeschränkungen gibt, steigt die Zahl der Banken, wobei der Wettbewerb zunimmt und es zu einer strukturellen Eliminierung des Zinses kommt), würde der Tauschverkehr sich frei entfalten, die Güter würden zirkulieren, Geschäfte aller Art würden angeregt und, da die staatliche Privilegierung von Innovationen (Stichwort: Patente) wegfielen, würden ständig neue Industrien entstehen, die Unternehmer würden den Arbeitskräften nachjagen statt die Arbeitskräfte den Unternehmern, die Löhne würden sich dem Wert der individuellen Produktion anpassen und beständig hoch bleiben. Endlich würde es zu einer breiten Eigentumsbildung kommen, echtes Eigentum könnte entstehen, etwas, das heute nicht existiert, weil niemand den Gegenwert seiner Leistung erhält.“* (Cleyre 1901, übersetzt durch G. S.).

Als ein Vordenker der geldreformistischen Richtung wirkte Edward Kellogg („Labor and Other Capital“, 1833). Sozialphilosophische Grundlagen lieferte James Dilworth, der die Emissionsfreiheit als ein Naturrecht beschrieb (Dilworth 1897/2016). Wesentliche Impulse erhielt die Free-Banking-Debatte in den USA im 19. Jahrhundert u. a. durch die Konzepte von Josiah Warren, Stephen Pearl Andrews, William Greene, Lysander Spooner, Ezra Haywood und Benjamin Tucker. Die meisten der Genannten verstanden sich als gewaltfreie individualistische Anarchisten, wobei ihr Erscheinungsbild oft an den knorrigen So-

zialtypus der Pioniertage erinnerte. In der Phase des Bürgerkrieges waren sie natürlich auf der Seite der Abolisten, zugleich war ihnen aber auch klar, dass die machthungrigen Eliten der Nordstaaten gegenüber der Lohnsklaverei in den Fabriken oder gegenüber einem kapitalistischen Wachstum keine Vorbehalte hatten. Die Gruppe von Warren bis Tucker repräsentierte eine Graswurzel-Bewegung, deren Einflüsse weit über ihr Wirkungsfeld und ihre Zeit hinausreichten (Kuhn 2008, 8-11). Im 20. Jahrhundert sollten sich auch ein Laurance Labadie oder Anhänger der Berliner Schule der Geldreform auf sie berufen. Über alle diese „hidden figures“ soll der vorliegende Band Auskunft geben.

Versuch einer Einschätzung

Die Beseitigung des Monopols im Bereich des Geldwesens hat zur praktischen Folge, dass jede Person und jede Gruppe für sich und andere monetäre Mittel herstellen und in Umlauf bringen kann. Als unerwünschter Nebeneffekt einer dezentralen Geldordnung wird häufig das Problem des „wildcat banking“ angeführt. Hugh Rockoff definiert eine „wildcat bank“ als einen Bankbetrieb, der Noten in einem größeren Volumen ausgibt, als er kontinuierlich einzulösen imstande ist (Rockoff 1975, 5). In den USA wurde der Begriff „Wildkatzen-Bank“ lange Zeit als Synonym für eine Schwindelbank verwendet. „Wildkatzen-Banken“ waren jene Geldinstitute, die in entlegenen Gebieten angesiedelt einer verminderten öffentlichen Kontrolle unterworfen waren. Nach Ezra Heywood besteht der schlechte Ruf der „Wildkatzen-Banken“ jedoch zu Unrecht. Vor allem ortet er in der Diskussion einige Totschlagargumente, die das Konzept des Free Banking insgesamt zu diskreditieren versuchen (Heywood 1875, 18-20). Auch James Dilworth lässt eine gewisse Gelassenheit erkennen. Er ist überzeugt, dass die Noten einer Bank, die ihrer Einlöseverpflichtung unzureichend oder gar nicht nachkommt, rasch aus dem Verkehr verschwinden würden, da sie ohnehin niemand mehr annimmt (Dilworth 1897/2016, 205 f.). Autoren wie Hugh Rockoff vertreten die Position, dass die Schäden auf dem Gebiet des Geldwesens durch das Versagen von Regierungen *Summa summarum* größer gewesen seien als die durch ein Marktversagen hervorgebrachten negativen Effekte (Rockoff 1975). Ruft man sich die

Inflationskatastrophen in Europa im 20. Jahrhundert in Erinnerung, scheint ihm die Geschichte durchaus recht zu geben.

Hinsichtlich der Vorteile eines Free-Banking-Systems wird angeführt, dass es zu einem insgesamt wirtschaftsfreundlicheren Klima beiträgt (Rodewald 2005, 11). Die freie Geldemission fördere die Innovationsneigung und wirke durch geringere Zinsmargen investitionsanregend. Dies würde auch Sektoren begünstigen, die für Anleger meist weniger attraktiv sind; zu denken wäre hier etwa an Umweltausgaben. Insgesamt könne durch die freie Geldemission die Grundlage für eine erhöhte konjunkturelle Stabilität erzeugt werden. Dem Argument,

dass Free-Banking-Systeme weniger anfällig für systemweite Paniken seien als ein Geldausgabemonopol, ist ebenfalls einiges abzugewinnen. Dadurch, dass auf die Funktion eines Lender of Last Resort verzichtet wird, kann von einer erhöhten monetären Stabilität ausgegangen werden. Wer sich darüber im Klaren ist, dass er im Ernstfall nicht gerettet wird, verfährt in seiner Geschäftsgebarung vorsichtiger. Schließlich wird noch ein politisches Argument häufig eingebracht: Formen einer dezentralen Geldschöpfung seien von Staaten weniger leicht unter Kontrolle zu bringen, sodass jede Rüstungsfinanzierung erschwert und damit die Basis für friedlichere Verhältnisse geschaffen wird.

Von den Gegnern des Free Banking wird ins Treffen geführt, dass freie Geldschöpfung sehr wohl zu einer wirtschaftlichen Instabilität beitragen könne, wenn es zu einer Überemission kommt. Finanzkrisen oder Monopolisierungstendenzen seien ebenfalls nicht auszuschließen. Das Risiko von Investitionen in unfruchtbare Sektoren mit der Folgewirkung einer Kreditklemme bleibe ja weiter bestehen. Der Wettbewerb könne zum Ergebnis haben, dass ein Platzhirsch der Bankenszene immer mehr Anteile an sich zieht und sich damit zu einem dominierenden Faktor im gesamten ökonomischen Geschehen entwickelt. Aus einzelwirtschaftlicher Sicht werden vor allem die

Quellenangaben:

- Aldrick, Philip (2013):** „Sir Mervyn King attacks EU Financial Transaction Tax“, in: The Telegraph, May 15, 2013, <http://www.telegraph.co.uk/finance/newsbysector/banksandfinance/10059424/Sir-Mervyn-King-attacks-EU-financial-transaction-tax.html> [18. Sept. 2017].
- Bernau, Patrick (2008):** „Die Welt hört nie auf die Untergangspropheten“, in: Frankfurter Allgemeine, 1. November 2008, <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftswissen/finanzkrise-die-welt-hoert-nie-auf-die-untergangspropheten-1727322.html> [18. September 2017].
- Checkland, Sidney G. (1975):** „Scottish Banking: A History“, 1695-1973, Glasgow.
- Cleyre, Voltairine de (1901):** „Anarchism“, in: Free Society, Chicago, October 1901, Panarchy. A Gateway to Selected Documents and Web Sites, <https://www.panarchy.org/voltairine/anarchism.html> [18. September 2017].
- Dilworth, James A. B. (2016):** „Free Banking: A Natural Right“ (1897), Norderstedt.
- Douthwaite, Richard J. (1999):** „The Ecology of Money“, Dartington.
- Dowd, Kevin (1992):** „The Experience of Free Banking“, London - New York.
- Forbes, Steve; Ames, Elisabeth (2014):** „Geld: Die nächsten 5000 Jahre“, München.
- Galbraith, John K. (1978):** „Die Tyrannei der Umstände“, München.
- Gesell, Silvio (2008):** „Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld“ (1916), in: *Gesammelte Werke, Band 11, Lütjenburg*.
- Gesell, Silvio (1995):** „Der abgebaute Staat“ (1927), in: *Gesammelte Werke, Band 16, Lütjenburg, 252-347*.
- Graber, Renate (2014):** „Sieben Verurteilungen und zwei Freisprüche“, in: Der Standard, 3. Oktober 2014, <http://derstandard.at/200006339254/OeBS-Prozess-Urteilam-Freitag-erwartet> [28. August 2017].
- Hayek, Friedrich A. von (1976):** „Choice in Currency: A Way to Stop Inflation“, London.
- Hayek, Friedrich A. von (1977):** „Entnationalisierung des Geldes. Eine Analyse der Theorie und Praxis konkurrierender Umlaufmittel“, Tübingen.
- Heywood, Ezra H. (1875):** „Hard Cash: An Essay to Show That Financial Monopolies Hinder Enterprise and Defraud Both Labor and Capital; That Panics and Business Reversions, Caused by Arbitrary Interference with Production and Exchange, Will Be Effectually Prevented Only Through Free Money“, Princeton.
- Henckel, Elisalex (2012):** „Insider-Affäre bringt Nationalbank-Chef zu Fall“, in: Welt N24, 9. Januar 2012, <https://www.welt.de/wirtschaft/article13806461/Insider-Affaere-bringt-Nationalbank-Chef-zu-Fall.html> [28. August 2017].
- Hilger, Alexander (2015):** „Freies Marktgeld vs. Zentralbankgeld. Einführung in alternative Geldkonzepte“, Norderstedt.
- Hosp, Gerald (2012):** „Vom Referenzzinssatz zum Skandalwert“, in: Neue Züricher Zeitung, 20. Dezember 2012, <https://www.nzz.ch/vom-referenzzinssatz-zum-skandalwert-1.17899662> [28. August 2017].
- Huber, Manfred (2017):** „Etherum. Der irre Run aufs Kryptogeld“, in: e-media, August 2017 (17) 8, 40 f.
- König, Aaron (2017):** „Bitcoin – Geld ohne Staat: Die digitale Währung aus Sicht der Wiener Schule der Volkswirtschaft“, München.
- Kuhn, Gabriel (2008):** „Anarchismus in den USA“, in: Ders. (Hg.): „Neuer Anarchismus‘ in den USA. Seattle und die Folgen“, Münster, 7-43.
- Lietner, Bernard A. (2001):** „Die Welt des Geldes“, Würzburg.
- Maier, Martin (2017):** „Bitcoin & Co.: Mein erstes Kryptowährungs-Portfolio“, in: „Gewinn. Das Wirtschaftsmagazin für Ihren persönlichen Vorteil“, Februar 2017 (36) 2, 28-32.
- Nussbaum, Arthur (1957):** „A History of the Dollar“, New York.
- Owen, Robert (1820):** „Labour as a Standard of Value“, in: Boyle, David (2002): „The Money Changers: Currency Reform from Aristotle to E-Cash“, London, 28-30.
- Prollius, Michael von (2011):** „Geldfreiheit statt Geldsozialismus!“, in: „Espero. Forum für libertäre Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung“, Dezember 2011 (18) 70, 17-22.
- Rockoff, Hugh (1975):** „The Free Banking Era: A Re-examination“, New York.
- Rodewald, Sandra (2005):** „Wettbewerb in der Geldemission. Die Auswirkungen von Nichtdiskriminierung auf die konjunkturelle Stabilität eines Free Banking-Systems“, Hamburg.
- Say, Jean-Baptiste (1845/46):** „Ausführliches Lehrbuch der praktischen Politischen Ökonomie“, Reihe: Die Nationalökonomien der Franzosen und Engländer, übersetzt und herausgegeben von Max Stirner, 1.-4. Band, Leipzig.
- Scheffler, Johannes (1908):** „Das Geldwesen der Vereinigten Staaten von Amerika im 19. Jahrhundert“, Strassburg.
- Senft, Gerhard (2002):** „Im Vorfeld der Katastrophe. Die Wirtschaftspolitik des Ständestaates. Österreich 1934 bis 1938“, Wien.
- Urschitz, Josef (2017):** „Wie viel ist ein Bitcoin wirklich wert?“, in: Die Presse, 4. Juni 2017, 21.
- White, Lawrence H.; Selgin, George (2000):** „Why Private Banks and Not Central Banks Should Issue Currency, Especially in Less Developed Countries“, in: *Library of Economics and Liberty*, April 19, 2000, <http://www.econlib.org/library/Features/feature3.html> [18. September 2017].

mangelnde Fälschungssicherheit und die vermehrten Betrugsmöglichkeiten problematisiert. Ein System, das auf die Herausbildung qualitativ wertvoller Geldeinheiten unter Wettbewerbsbedingungen setzt, komme im Endeffekt teurer als ein Notenmonopol, da die Erkennung und die Aufdeckung von Fälschungen mit erhöhten Informations- und Transaktionskosten verbunden sei (Rodewald 2005, 33).

Gegen die Qualitätsunsicherheit innerhalb einer kompetitiven Geldordnung wurde mittlerweile ein Bündel von Maßnahmen entwickelt. So könnten interne Garantien, etwa die von der Geldschöpfenden Bank übernommene Verpflichtung, die ausgegebenen Noten bei Bedarf in ein allgemein anerkanntes Tauschmedium einzulösen, eine erforderliche Vertrauensbasis herstellen. Auch eine Versicherung oder ein Fonds könnten für Gewährleistungsansprüche genutzt werden. Ein anderer Vorschlag geht dahin, dass sich Emittenten entsprechend dem Prinzip der Gegenseitigkeit bereit erklären, fremde Noten im Austausch gegen eigene zu akzeptieren. Aus solchen Kooperationen könnten Bankenzusammenschlüsse entstehen, die in einem weiteren Schritt die Reservehaltung einer Dachvereinigung übertragen, einer „Bank der Banken“ bzw. einem „Clearinghouse“ (Rodewald 2005, 18, 29, 188 ff.). Es gibt also ausreichend Möglichkeiten, innerhalb eines Free-Banking-Systems für eine entsprechende Verlässlichkeit der monetären Mittel zu sorgen. Banken, die sich um Seriosität bemühen, werden sich einen guten Ruf erwerben, damit ihre Beliebtheit steigern und erfolgreich wirken. Wirtschaftliche Stabilität ist nicht unbedingt auf gesetzliche Regelungen, auf Regierungs- und Bürokratenmaßnahmen angewiesen.

Einige abschließende Hinweise

Die Methode der autonomen Geldemission hat in den vergangenen Jahren kontinuierlich an Zugkraft gewonnen. Neu aufgeflammt war die Free-Banking-Diskussion in den 1980er Jahren, als hohe Inflationsraten und zunehmende Arbeitslosigkeit das Bild der Weltwirtschaft verdüsterten. Als prominentester Befürworter einer Währungskonkurrenz trat Friedrich A. Hayek auf. Abweichend von den gängigen Auffassungen der Österreichischen Schule der National-

ökonomie hatte Hayek 1976 seinen Vorschlag zur „Wahlmöglichkeit im Währungsbereich“ (Hayek 1976) veröffentlicht und damit eine Plausibilitätsdebatte angeregt. Es gelang ihm, wesentliche Einwände der Gegner des Free Banking zu entkräften. Entgegen der Argumentation etwa, dass bei freier Geldschöpfung sehr hohe Informationskosten zu erwarten seien, äußerte er die Einschätzung, dass die Massenmedien alle notwendigen Informationen kostenlos bereitstellen werden (Hayek 1977, 38). Mit der Entwicklung des Internet, zu Zeiten Hayeks noch in den Kinderschuhen, ist die Informationsbeschaffung noch mehr vereinfacht worden. Allerdings ging Hayek davon aus, dass sich mit dem im Wettbewerb beständigsten Gelde auch eine Art natürliches Monopol (verbunden mit dem Goldstandard) durchsetzen könne. Diese Vorstellung war weder mit den ursprünglichen Free-Banking-Ansätzen in Einklang zu bringen, noch entsprach sie dem Gresham'schen Gesetz (Thomas Gresham: „schlechtes“ Geld verdrängt „gutes“; vgl. Hayek 1977, 136).

Ebenfalls an Stellenwert gewonnen haben seit den 1980er Jahren die gedanklichen Ansätze Silvio Gesells, dessen Idee eines Negativzinses im Österreich der frühen 1930er Jahre lokale Erprobung erfahren hatte (vgl. den Beitrag von Claude Bourdet in diesem Band). Wie Greene oder Tucker gilt Gesell als ein Abkömmling der Proudhon-Schule. Um dem Geld die Monopoleigenschaften zu nehmen, sollten die monetären Mittel einer dem Warenschwund und den Lagerspesen entsprechenden Entwertung unterliegen. Geld mit Schwundfaktor liefert der Wirtschaft, so Gesells Überzeugung, in Krisenphasen das benötigte Aufschwungpotenzial. Damit sollten der Austausch von Arbeitsprodukten und Dienstleistungen besser vermittelt, der Aufwand für die Nutzung von Kapital minimiert und die Seite der Arbeit insgesamt begünstigt werden. Gesells Ziel war eine monetäre Ordnung, die für die kapitalistische Geldakkumulation und für groß angelegte spekulative Manöver ungeeignet ist. In seinem 1916 erschienenen Hauptwerk „Die Natürliche Wirtschaftsordnung“ wollte Gesell die entsprechenden Schritte zur Umgestaltung des Geldsektors noch durch eine zentrale Institution, durch ein sogenanntes Währungsamt einleiten lassen (Gesell 1916/2008). Allerdings ließ

er später, in „Der Abgebaute Staat“, seiner letzten größeren Schrift, Überlegungen zu einer Vielfalt unterschiedlicher Tauschmittel einfließen (Gesell 1927/1995).


Die in Wörgl unter der Bezeichnung „Arbeitswertschein“ in Umlauf gebrachte lokale Geldeinheit hat bis heute eine zentrale Vorbildfunktion. Zurzeit ist von einem Bestand mehrerer Hundert unterschiedlicher Regionalwährungen weltweit auszugehen, wobei die modernen Technologien eine zunehmende unterstützende Wirkung entfalten. Die regionale Bindung des Zahlungsmittels gewährleistet die wirtschaftliche Vernetzung in einem überschaubaren Rahmen, sorgt für mehr Transparenz im Geldverkehr und bietet den Vorteil der Kreditschöpfung ohne Inanspruchnahme der Finanzmärkte. Meist sind die Regionalwährungen konvertibel zur Landeswährung gestaltet, als Deckung dient das Leistungsversprechen, wobei häufig „geldpolitische“ Maßnahmen zur Steuerung der Umlaufgeschwindigkeit zum Einsatz kommen.

Als ein wichtiger Vertreter des Konzepts der Regionalwährung gilt heute der belgische Ökonom Bernard Lietaer, der als Mitarbeiter der Belgischen Zentralbank tätig und maßgeblich an der Einführung des ECU (ein Vorläufer des Euro) beteiligt war. Er sieht das Monopolsystem heute kritisch und zeigt sich überzeugt, dass das Geldwesen grundlegend auf neue Beine zu stellen ist. Die Phase der geografischen Lösungsansätze, die das System vergangener Jahrhunderte einfach nur auf eine multinationale Ebene zu bringen versuchen, sieht er als abgeschlossen. Nun gelte es, Lösungen zu entwickeln, die das Strukturproblem des bestehenden Geldsystems im Fokus haben. Konkret plädiert Lietaer für ein aus mehreren Währungen bestehendes „Ökosystem“ (mindestens zwei pro Land), wobei er anregt, zusätzlich eine Metawährung als eine Art Weltgeld zu etablieren. Lösungen kämen bereits heute direkt aus der Gesellschaft, indem Nutzerinnen und Nutzer beginnen, neue Währungen herauszugeben, die als Gemeingut gemanagt werden. Die Blockchain-Technologie, so Lietaer, ändere das Paradigma fundamental. Die von Banken als Schuldgeld in die Welt gesetzten monetären Mittel hätten damit ausgedient (Lietaer 2001).

Unter den Vertretern eines differenzierten Währungssystems ist Richard Douthwaite hervorzuheben. Der irische Ökonom und Umweltaktivist war als Statistiker im öffentlichen Bereich tätig und er unterrichtete an zahlreichen Universitäten, etwa an der renommierten „London School of Economics“. Douthwaite sah sich in der Nachfolge von John M. Keynes und Irving Fisher, die bereits in der Zwischenkriegszeit die Dysfunktionalität des herrschenden Geldsystems thematisiert hatten. Um die Basis für eine stabile und nachhaltige Ökonomie zu erreichen, zeigte sich Douthwaite überzeugt, müsse der gesamte Sektor der Zahlungsmittel radikal umstrukturiert werden. Douthwaites Vorstellungen laufen darauf hinaus, das Geldwesen in unterschiedliche Aufgabenbereiche zu entflechten, wobei er konkret ein mehrstufiges Währungssystem vorschlägt. Zum einen sollte neben den herkömmlichen nationalen Währungen eine internationale Recheneinheit eingeführt werden. Wo nationale Währungen Defizite aufweisen, sollte ein Ausgleich durch regionale Zahlungsmittel geschaffen werden, sodass es zu einer besseren Nutzung bestehender lokaler Ressourcen kommt und unfreiwillige Beschäftigungslosigkeit vermindert wird. Schließlich sollten nach Douthwaite auch noch spezielle Währungen für bestimmte Zwecke zum Einsatz kommen, etwa für das Ziel einer ökologischen Modernisierung. Jede Geldform, so Douthwaite, bringe unterschiedliche Effekte in Wirtschaft und Gesellschaft sowie im Umweltbereich hervor. Da es ausgeschlossen sei, mit einer Geldvariante alle Erfordernisse abzudecken, müssten un-

terschiedliche Geldeinheiten zeitgleich genutzt werden. Douthwaites Endziel ist ein Wirtschaftssystem, für das es keine Katastrophe bedeutet, wenn sich einmal das Wachstum vermindert oder ausbleibt (Douthwaite 1999).

Die vorgestellten Regulierungsinnovationen wenden sich explizit gegen den Satz, dass es keine Alternative zum heute vorherrschenden Wirtschaftssystem gibt. Wie in anderen Sektoren stellt sich letztlich aber auch im ökonomischen Bereich die Machtfrage. Unter den Krisenbedingungen der letzten Jahre ist es deutlich sichtbar geworden: Wenn es zu Interessenkonflikten kommt, gewinnt stets das Finanzsystem. Dies sollte in alle künftigen Überlegungen hinsichtlich der Gestaltung des wirtschaftlichen Umfeldes einfließen, ebenso wie die Einsicht, dass das Geldsystem ein wichtiger Bestandteil des sozialen Raumes ist, der eine breite Mitgestaltung notwendig macht. Die Cyberwährungen haben diesbezüglich bereits Wege aufgezeigt. Bitcoin und

Co. haben mittlerweile den Sprung vom Spielgeld zum ökonomisch relevanten Faktor geschafft. Auf weitere Entwicklungen dürfen wir gespannt sein. 

Zum Autor

Prof. Ing. Dr. Gerhard Senft M.A.



Jahrgang 1956, lebt und arbeitet als Wirtschaftswissenschaftler und Historiker in Wien. Zuletzt erschienen von ihm: „Häresie und Antiökonomie. Auf den Spuren der Ergokraten.“, Monte

Verita, Wien 2015. • „Oyte kapitalismos, oyte kommounismos – O Silbio Gezel kai to eleutheriako montelo tes eleytheres oikonomias“ („Weder Kapitalismus noch Kommunismus - Silvio Gesell und das libertäre Modell der Freiwirtschaft“), Ekdoseis Trope, Athen 2008. • „Pierre-Joseph Proudhon – Handbuch des Börsenspekulanten“, Reihe: Politik aktuell, Band 8, LIT-Verlag, Berlin-Münster-Wien-Zürich-London, 2009.

E-Mail: gerhard.senft@wu.ac.at



Hinweis: Der hier vorliegende Text ist die Einleitung von „Wildcat Banking“, erschienen im Verlag Max Stirner-Archiv, edition unica Leipzig. ([s. hier](#))

Gerhard Senft (Hrsg.) – Benjamin Tucker u. a.: „WILDCAT-Banking – Materialien zur monetären Gestaltungsfreiheit“; Verlag: Max Stirner-Archiv / edition unica; Leipzig 2017; 127 Seiten; 20,5 cm x 10 cm; flexibler Einband; € 12,50 ISBN 978-3-933287-99-1 http://shop.humane-wirtschaft.de/Senft_WB

Weiterführende Literatur:

- Borsodi, Ralph (1972):** „The Escondido Memorandum“ in: Boyle, David (2002): „The Money Changers: Currency Reform from Aristotle to E-Cash“, London, 202 f.
- Förtsch, Olga (2011):** „Handbuch zur Geldemission für jedermann. Ideen, Strukturen, Verfahren“, Weimar.
- Glasner, David (1989):** „Free Banking and Monetary Reform“, Cambridge.
- Gorton, Gary B. (2015):** „The Maze of Banking: History, Theory, Crisis“, Oxford.
- Jefferson, Thomas (1813):** „Should We have Banks?“, in: Boyle, David (2002): „The Money Changers: Currency Reform from Aristotle to E-Cash“, London, 55-60.
- Kennedy, Margrit (2006):** „Regionalwährungen. Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand (mit Bernard A. Lietaer)“, München.
- Klein, Benjamin (1974):** „The Competitive Supply of Money“, in: „Journal of Money, Credit and Banking“, November 1974 (6) 4, 423-453.
- Lakomaa, Erik (2007):** „Free Banking in Sweden 1830-1903: Experience and Debate“, in: „The Quarterly Journal of Austrian Economics“, Summer 2007 (10) 2, 25-44.
- Neldner, Manfred (1998):** „Lessons from the Free Banking Era in Switzerland: The Law of Adverse Clearings and the Role of the Non-Issuing Credit Banks“, in: „European Review of Economic History“, December 1998 (2) 3, 289-308.
- Polleit, Thorsten; Prollius, Michael von (2014):** „Geldreform. Vom schlechten Staatsgeld zum guten Marktgeld“, München.
- Riegel, Edwin Clarence (1954):** „The Valun System“, in: Boyle, David (2002): „The Money Changers: Currency Reform from Aristotle to E-Cash“, London, 199-201.
- Rolnick, Arthur J. (1982):** „The Free Banking Era: New Evidence on Laissez-Faire Banking“, Minneapolis.
- Selgin, George A. (1988):** „The Theory of Free Banking. Money Supply Under Competitive Note Issue“, Lanham.
- White, Lawrence H. (1984):** „Free Banking“ in „Britain: Theory, Experience and Debate 1800-1845“, Cambridge.
- White, Lawrence H. (1992):** „Competition and Currency: Essays on Free Banking and Money“, New York.